Pressebericht im Gränzbote
Datum: 10.11.2016

Mutpol
Das Leben lernen

Flüchtlinge machen Mutpol zu schaffen

Unterbringung minderjähriger Asylbewerber ist schwierig – Weniger Zuweisungen

Von Dorothea Hecht

TUTTLINGEN - Der Landkreis rechnet damit, dass sich die Situation um unbegleitete minderjährige Asylbewerber, sogenannte UMAs, etwas entspannt. Wie Landrat Stefan Bär am Dienstag im Ausschuss für Familie, Jugend und Kinder sagte, hat das Land Baden-Württemberg seine Quote erfüllt. Jugendliche Flüchtlinge sollen demnach in andere Bundesländer verteilt werden. Eine Erleichterung, hat der Landkreis doch mit aktuell 95 Jugendlichen genug zu tun.

Die meisten UMAs sind bei der Tuttlinger Jugendhilfeeinrichtung Mutpol untergebracht. Auch wenn der Landkreis nun keine neuen Jugendlichen aufnehmen muss – als Grenzland kommen trotzdem immer wieder Jugendliche hier an, die zumindest vorübergehend betreut werden wollen. Mutpol hat dafür seine Kapazitäten inzwischen deutlich erweitert.

Dennoch gebe es jenseits der Erstaufnahme Schwierigkeiten, die Jugendlichen unterzubringen, sagte Mutpol-Geschäftsführer Dieter Maier in der Sitzung. Die Strategie des Landkreises lautet: Die UMAs nach und nach in dezentrale, kleinere Wohneinheiten zu verlegen, um die Integration zu verbessern. Nur ist das nicht so einfach: „Der Wohnungsmarkt stellt uns schon bei der Anschlussunterbringung der Flüchtlinge vor Probleme, bei Jugendlichen sieht es da nicht besser aus“, sagte Landrat Stefan Bär.

95 minderjährige Asylbewerber werden in Tuttlingen derzeit betreut. FOTO: DPA

Für 72 Jugendliche sei es gelungen, Plätze in Wohngruppen, Jugendwohngemeinschaften, betreutem Wohnen und auch in vier Gastfamilien zu finden, sagte Maier. 23 seien aber immer noch im Erstaufnahmehaus. Mehr Gastfamilien zu bekommen, sei nicht realistisch, sagte Bär auf Nachfrage von Kreisrat Bernhard Schnee (CDU). „Auch gutwillige Familien haben sich angeboten, aber aus verschiedenen Gründen hat es nicht gepasst.“

Nicht alle machen Praktika

Zudem seien die Jugendlichen, was ihre Motivation für Praktika und Ausbildungsstellen angehe, enorm unterschiedlich, sagte Maier. „Da sind sie nicht anders als deutsche Jugendliche. Ich wage es zu bezweifeln, dass jeder einen Praktikumsplatz bekommt und integriert wird.“

Der Landkreis will Jugendliche deshalb auch über das 18. Lebensjahr hinaus unterstützen, maximal bis sie 21 sind. Die Kosten für UMAs werden vom Land voll erstattet. Im Landkreis belaufen sie sich laut Sozialdezernent Bernd Mager derzeit auf 2,1 Millionen Euro, bis Jahresende rechnet er mit 2,8 Millionen Euro. Sollte das Land die Kosten für Volljährige nicht mehr übernehmen, müsse man diese Hilfen nochmal überdenken, so Mager. Derzeit sehe es aber nicht danach aus.

Was aber passiert mit den jungen Menschen, wenn sie 21 werden, wollte Katrin Kreidler (OGL) wissen. „Das weiß im Moment niemand so genau“, sagte Landrat Bär. Abschiebungen hält er für unrealistisch, weil die Asylverfahren sich oft lange hinziehen. Rechtlich gesehen seien sie obdachlos. Wer keine Arbeit finde, falle möglicherweise in Hartz IV.

Entspannung in Gemeinschaftsunterkünften

Was die Situation der Flüchtlinge im Landkreis angeht, gibt es in den 27 Gemeinschaftsunterkünften inzwischen etwas Luft. Laut Landratsamt-Sprecherin Nadja Seibert sind sie aktuell mit **1266 Flüchtlingen** belegt. Das sind etwa 400 weniger als beim Höchststand im Juni. Da der Kreis der Landesempfehlung folgt, für jeden Flüchtling sieben statt 4,5 Quadratmeter Platz zu veranschlagen, hat sich aber die Zahl der Plätze insgesamt verringert. „Aktuell haben wir 98 freie Plätze“, so Seibert. Noch nicht enthalten ist darin die neue Flüchtlingsunterkunft in Grubäcker in Trossingen mit weiteren 70 Plätzen. Sie soll noch im November belegt werden. Der Landkreis rechnet diesen Monat mit elf neuen Flüchtlingen. Ziel ist es aber, große Unterkünfte wie auf dem Witthoh durch Umverteilungen zu entlasten und auf Dauer zu schließen. (dh)